

Niederschrift
über die 1. Sitzung des Ausschusses für Inklusion
am 04.03.2021 in Köln, Horion-Haus
- öffentlicher Teil -

Anwesend vom Gremium:

CDU

Dornseifer, Falk
Kretschmer, Gabriele
Lünenschloss, Caroline
Mucha, Constanze
Norkowsky, Arnold
Dr. Schlieben, Nils Helge
Solf, Michael-Ezzo
Wörmann, Josef

Vorsitzender

SPD

Bausch, Manfred
Daun, Dorothee
Lüngen, Ilse
Servos, Gertrud
Stergiopoulos, Ioannis
Ullrich, Birgit

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Haacke, Wolfgang
Herlitzius, Bettina
Schmitt-Promny M.A., Karin
Spicale, Simone
Warnecke, Uwe Marold

FDP

Clemens, Miriam

AfD

Frambach, Heribert

Die Linke.

Reuschel-Schwitalla, Klaus

Die FRAKTION

Winkel, Petra

Gruppe FREIE WÄHLER

Dipl.-Ing. Hagenbruch, Detlef

Verwaltung:

LVR-Direktorin Lubek

LVR-Dezernentin Prof. Dr. Faber

Herr Woltmann (Protokoll)

LVR-Dezernat 5

Stabsstelle 00.300

Geschäftsführungen der Fraktionen:

Herr Kunze, Geschäftsführer AfD-Fraktion

Gast:

Frau Henkel

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

Beratungsgrundlage

- | | | |
|------|--|-----------------------------------|
| 1. | Anerkennung der Tagesordnung | |
| 2. | Verpflichtung sachkundiger Bürger*innen | |
| 3. | Bestellung einer Schriftführung für den Ausschuss für Inklusion der 15. Landschaftsversammlung Rheinland | 15/95 B |
| 4. | Inklusion und Menschenrechte im LVR: Aufgaben der Stabsstelle Inklusion - Menschenrechte - Beschwerden | 15/62 K |
| 5. | LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention: Entwurf Jahresbericht 2020 | 15/41 K |
| 6. | Die Pandemiebewältigung an den Schulen des LVR | 15/53 K |
| 7. | Jahresbericht LVR-Inklusionsamt 2019/2020 | 15/9 K |
| 8. | Digitale Agenda 2025 des Dezernates Kultur und Landschaftliche Kulturpflege | 15/3/1 E |
| 9. | Anfragen und Anträge | |
| 9.1. | Beitritt des LVR zur "Erklärung für Menschlichkeit und Vielfalt" | |
| 9.2. | Ergänzung der Geschäftsordnung des Beirates für Inklusion und Menschenrechte | Antrag
15/1 CDU, SPD B |
| 10. | Bericht aus der Verwaltung | |
| 11. | Beschlusskontrolle | |
| 12. | Verschiedenes | |

Nichtöffentliche Sitzung

13. Beschlusskontrolle

Beginn der Sitzung:	09:30 Uhr
Ende öffentlicher Teil:	11:50 Uhr
Ende der Sitzung:	11:55 Uhr

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Auf Vorschlag des **Vorsitzenden** wird unter TOP 9 neu ein mündlicher Antrag der Fraktionen CDU/SPD zum Beitritt des LVR zu der Aktion "Erklärung für Menschlichkeit und Vielfalt" eingefügt. Der Text der Erklärung wird den Mitgliedern zur Kenntnisnahme ausgehändigt.

Die Tagesordnung wird mit der Änderung anerkannt.

Punkt 2

Verpflichtung sachkundiger Bürger*innen

Der **Vorsitzende** verpflichtet die anwesenden Mitglieder **Frau Clemens, Herrn Frambach, Herrn Hagenbruch, Frau Herlitzius, Frau Mucha, Herrn Norkowsky, Herrn Reuschel-Schwitalla, Frau Servos, Frau Spicale** und **Frau Winkel** zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben als sachkundige Bürger*innen in den Gremien der Landschaftsversammlung Rheinland.

Punkt 3

Bestellung einer Schriftführung für den Ausschuss für Inklusion der 15. Landschaftsversammlung Rheinland Vorlage Nr. 15/95

Der Ausschuss fasst **einstimmig** ohne Aussprache folgenden Beschluss:

Der Ausschuss für Inklusion der 15. Landschaftsversammlung bestellt die LVR-Direktorin als Schriftführerin für den Ausschuss für Inklusion. Ihr wird die Möglichkeit eingeräumt, die Tätigkeit als Schriftführerin auf Mitarbeitende aus ihrem Organisationsbereich zu übertragen.

Punkt 4

Inklusion und Menschenrechte im LVR: Aufgaben der Stabsstelle Inklusion - Menschenrechte - Beschwerden Vorlage Nr. 15/62

Der **Vorsitzende** gibt einleitend Informationen und Erklärungen vor dem Hintergrund der politischen Arbeit des Ausschusses für Inklusion und seines Beirates für Inklusion und Menschenrechte in der 14. Wahlperiode.

Auf mündlichen Antrag von **Frau Servos** für die Fraktionen CDU/SPD wird über die Konstituierung eines Beirates des Ausschusses für die 15. Wahlperiode abgestimmt.

Der Ausschuss stimmt **einstimmig** grundsätzlich für die Einrichtung eines Beirates. Die Verwaltung wird gebeten, in der nächsten Sitzung einen entsprechenden Geschäftsordnungsvorschlag zur Genehmigung vorzulegen.

Frau Lubek führt in die Vorlage ein.

Die Vorlage Nr. 15/62 zur Arbeit der Stabsstelle Inklusion - Menschenrechte - Beschwerden wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 5

LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention: Entwurf Jahresbericht 2020

Vorlage Nr. 15/41

Frau Lubek erläutert unter Hinweis auf das Schaubild auf Seite 4 der Begründung der Vorlage Nr. 15/41 das seit 2014 entwickelte Verfahren eines sog. partizipativen Berichtswesens. Der jährliche Berichtszyklus befasst intern alle Dezernate und Geschäftsbereiche des Verbandes und sei als ein Monitoring- und Steuerungsinstrument für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im LVR als Querschnittsaufgabe bewährt. Der Bericht werde nach abschließender Beratung und Zustimmung im Ausschuss für Inklusion veröffentlicht.

Auf Nachfrage erläutert **Herr Woltmann**, dass der partizipative Ansatz Ausdruck findet in der umfassenden Beteiligung der politischen Vertretung in allen Fachausschüssen, in der grundsätzlich gemeinsamen Beratung des Ausschusses für Inklusion mit seinem Beirat sowie einer jährlichen öffentlichen Dialog-Veranstaltung von Politik und Verwaltung des LVR mit weiteren externen Interessenvertretungen, insbesondere der Organisationen von Menschen mit Behinderungen. Letzteres stelle pandemiebedingt für dieses Jahr durchaus noch eine Herausforderung dar.

Wortbeiträge von **Frau Herlitzius, Herrn Solf, Herrn Reuschel-Schwitalla, Frau Schmitt-Promny, Frau Daun, Herrn Frambach, Frau Servos und des Vorsitzenden** bestätigen, dass der Bericht einen guten Überblick über die umfassenden Aktivitäten des LVR biete und eine wichtige Grundlage auch für politische Beratungen sei. Die Bedeutung des LVR als überregionalen Impulsgebers und seines Zusammenwirkens mit den Mitgliedskörperschaften vor Ort wird hervorgehoben.

Der Entwurf des Jahresberichtes 2020 zum LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention wird gemäß Vorlage-Nr. 15/41 zur Kenntnis genommen.

Nach Beratung in allen Fachausschüssen im LVR ist abschließend eine Beschlussfassung durch den Ausschuss für Inklusion geplant.

Punkt 6

Die Pandemiebewältigung an den Schulen des LVR

Vorlage Nr. 15/53

Frau Prof. Dr. Faber führt in die Vorlage ein, die auch schon ausführlich im Schulausschuss beraten worden sei, verweist darauf, dass die LVR-Schulverwaltung über ihre die originäre Zuständigkeit hinausgehend sich im Interesse der Pandemiebekämpfung etwa mit einem Corona-Testangebot für die im Landesdienst stehenden Lehrer*innen in den LVR-Schulen engagiere und beantwortet interessierte Nachfragen.

Die Ausführungen zur Bewältigung der Corona-Pandemie an den Schulen des LVR im Hinblick auf die Themenbereiche Hygienemaßnahmen, persönliche Schutzausrüstung, Aufgaben des Schulträgerpersonals, Schülerspezialverkehr und die Maßnahmen im IT-Bereich werden anerkend zur Kenntnis genommen.

Punkt 7

Jahresbericht LVR-Inklusionsamt 2019/2020

Vorlage Nr. 15/9

Frau Prof. Dr. Faber führt in die Vorlage ein und gibt den aktuellen Hinweis, dass am Sonntag den 07.03.2021 um 17 Uhr in der ARD über die LVR-geförderte Ausbildung von sieben Menschen mit Behinderungen an der TH Köln zu sog. Bildungsfachkräften durch das Institut für Inklusive Bildung NRW berichtet werde (vgl. Ziffer 14.2.3 der Vorlage).

Der **Vorsitzende** regt zu einem späteren Zeitpunkt eine gemeinsame Beratung mit dem zunächst noch zu gründenden Beirat über dieses Projekt an.

Die Ausführungen zum Jahresbericht des LVR-Inklusionsamtes 2019/2020 werden gemäß Vorlage Nr. 15/9 zur Kenntnis genommen.

Punkt 8

Digitale Agenda 2025 des Dezernates Kultur und Landschaftliche Kulturpflege

Vorlage Nr. 15/3/1

Frau Lubek erläutert auf Nachfragen, dass die Themen inklusive Teilhabe und Barrierefreiheit in der Beschreibung der Ziele (S. 25 der Vorlage) und der Erfolgskriterien (S. 62ff. ebenda) der Agenda ausdrücklich benannt seien.

Das Arbeitsprogramm richte sich im Übrigen an die Fachverwaltung und werde nur der politischen Vertretung des LVR öffentlich zur Abstimmung gebracht. Eine allgemein verständliche Sprache sei hierfür nicht erforderlich und angesichts der komplexen Inhalte kaum realisierbar.

Auf einen sog. "Zusatztext in leichter Sprache" zur Vorlagenbegründung wurde vor dem Hintergrund der Kurzfristigkeit dieser Ergänzungsvorlage verzichtet.

Der Ausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

Der Digitalen Agenda 2025 des LVR-Dezernates Kultur und Landschaftliche Kulturpflege wird unter Maßgabe der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel im Rahmen des dezernatsbezogenen Zuschussbudgets und des vorhandenen Personals gemäß Vorlage-Nr. 15/3/1 zugestimmt.

Punkt 9

Anfragen und Anträge

Punkt 9.1

Beitritt des LVR zur "Erklärung für Menschlichkeit und Vielfalt"

Herr Solf stellt für die Fraktionen CDU/SPD mündlich den Antrag, der LVR solle - soweit dies rechtlich möglich sei - auf Empfehlung des Ausschusses für Inklusion der unter TOP 1 bereits angesprochenen und als Tischvorlage verteilten "Erklärung für Menschlichkeit und Vielfalt" beitreten.

Herr Kunze empfiehlt als Geschäftsführer der AfD-Fraktion, dem Antrag nicht zuzustimmen, weil sich dieser ausdrücklich gegen die AfD richte.

Der Ausschuss fasst **mehrheitlich gegen die Stimme der AfD-Fraktion** folgenden Beschluss:

Der LVR tritt nach vorheriger rechtlicher Prüfung auf Empfehlung des Ausschusses für Inklusion der "Erklärung für Menschlichkeit und Vielfalt" bei.

Punkt 9.2

Ergänzung der Geschäftsordnung des Beirates für Inklusion und Menschenrechte

Antrag Nr. 15/1 CDU, SPD

Der Ausschuss fasst **einstimmig** ohne Aussprache folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Entwurf einer ergänzenden Geschäftsordnung zur Beschlussfassung vorzulegen, wonach der Landesbehindertenrat NRW e.V. eine Person aus dem "Mitglieder-Pool" benennen kann, die die Funktion der/des 2. stellvertretenden Vorsitzenden des Beirates übernimmt.

[Hinweis: Der Name des Vereins, der nach der Geschäftsordnung einen Mitglieder-Pool benennt, lautet Landesbehindertenrat NRW e.V. Dies wurde hier redaktionell berücksichtigt.]

Punkt 10

Bericht aus der Verwaltung

Frau Lubek verweist auf die im Februar erfolgte Ausschreibung des Rheinlandtalers in der Kategorie "Gesellschaft". Vorschläge der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Ausschusses für Verleihungen im Jahr 2022 werden bis zum 14. Mai 2021 erbeten.

Die Verwaltung wird die Stellungnahmen des LVR gegenüber mehrerer Landtagsausschüsse zum ersten sog. Teilhabebericht der Landesregierung im nächsten Beratungslauf gebündelt zur Kenntnis bringen.

Sämtliche einführenden Vorlagen und Präsentationen zu den Aufgaben der Verwaltung in den verschiedenen Fachausschüssen der 15. Wahlperiode (vgl. hier TOP 4) werden in einem Sammelordner auf den bereitgestellten Endgeräten der Mitglieder und sachkundigen Bürger*innen der Landschaftsversammlung dauerhaft zum Nachschlagen zur Verfügung stehen.

Punkt 11

Beschlusskontrolle

Die Beschlusskontrolle wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Punkt 12
Verschiedenes

Herr Frambach bittet um Auskunft, wie der LVR mit den in den letzten fünf Jahren offenbar steigenden Zahlen von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf auf Grund psychischer Erkrankungen umgeht. Der **Vorsitzende** bittet die Verwaltung um Beantwortung im nächsten Schulausschuss.

Duisburg, den 14.05.2021

Köln, den 07.05.2021

Der Vorsitzende

Die Direktorin des Landschaftsverbandes
Rheinland

W ö r m a n n

L u b e k



#wfmv2021

Wir für Menschlichkeit und Vielfalt

Schwere
SpracheZur Seite in
Leichter Sprache >

Aktion gegen Ausgrenzung und Diskriminierung · #wfmv2021

Erklärung für Menschlichkeit und Vielfalt

Als Initiativen, Einrichtungen und Verbände, die sich für Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Behinderung oder psychischer Beeinträchtigung einsetzen, wenden wir uns gegen jegliche Form von Ausgrenzung und Diskriminierung. Wir treten ein für Menschlichkeit und Vielfalt.

Und wir sind nicht alleine: Wir stehen für Millionen Menschen in Deutschland, die das Auftreten und die Ziele von Parteien wie der Alternative für Deutschland (AfD) und anderer rechter Bewegungen entschieden ablehnen. Die AfD hat vielfach gezeigt, dass sie in ihren Reihen Menschen- und Lebensfeindlichkeit duldet. Sie fördert Nationalismus, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus.

Diese Entwicklung macht uns große Sorgen. Denn heute ist wieder an der Tagesordnung, was in Deutschland lange als überwunden galt: Hass und Gewalt gegen Menschen aufgrund von Behinderung, psychischer und physischer Krankheit, Religion oder Weltanschauung, sozialer oder ethnischer Herkunft, Alter, sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität sowie nicht zuletzt gegen Personen, die sich für eine offene und vielfältige Gesellschaft engagieren.

Das ist nicht hinnehmbar und muss aufhören! Wir sagen NEIN zu jeglicher Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen. Die Würde des Menschen ist unantastbar!

Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass:

- sich Hass und Gewalt nicht weiter ausbreiten können,
- niemand das Recht auf Leben von Menschen mit Behinderungen in Frage stellen darf und

Menschen nicht ausgegrenzt, benachteiligt und diskriminiert werden.

WIR für Menschlichkeit und Vielfalt: Wir lassen nicht zu, dass in Deutschland eine Stimmung erzeugt wird, die unsere Gesellschaft spaltet. Wir setzen uns ein für eine menschliche und lebenswerte Zukunft für uns alle!

Gemeinsam gegen Ausgrenzung und Diskriminierung

Mit der gemeinsamen Erklärung zum Auftakt des Superwahljahres 2021 zeigen Hunderte von Verbänden, Initiativen und Einrichtungen aus dem Bereich der Behindertenhilfe und der Sozialen Psychiatrie gemeinsam klare Haltung gegen Rassismus und Rechtsextremismus.

Die Erklärung der beteiligten Organisationen

Die beteiligten Organisationen warnen vor Hetze und Stimmungsmache rechter Akteur*innen wie der AfD und ähnlicher Bewegungen. Mit Sorge beobachten die Verbände, wie versucht wird, eine Stimmung zu erzeugen, die Hass und Gewalt nicht nur gegen Menschen mit Behinderung, psychischer oder physischer Krankheit schürt, sondern gegen alle, die sich für eine offene und vielfältige Gesellschaft engagieren.

Ziel der Aktion ist, im Superwahljahr ein Zeichen für Demokratie zu setzen. Die **Mitzeichnenden** betonen, es kommt auf jede Stimme an und fordern auf, zur Wahl zu gehen.

[Zur Wahl-Hilfe in Leichter Sprache](#)